Diskussion

Die Grenzen der Parteidisziplin: Wilhelm Dittmann und die Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg

Felix Lieb

Zum 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der deutsche Buchmarkt mit einer Fülle von Neupublikationen überschwemmt worden. Allen Bestsellern – stellvertretend genannt sei hier vor allem Herfried Münklers „Der Große Krieg“[1] – ist dabei allerdings gemein, dass die enormen parteipolitischen Implikationen des Krieges nur am Rande Erwähnung finden. Die SPD, die gerade erst seit 1912 die größte Fraktion im Reichstag stellte, erfuhr jedoch während des Krieges eine einschneidende Transformation. Dies führte zu ihrer folgenreichen Spaltung, seit der Gründung der USPD im April 1917 zog sich ein tiefer Riss durch die deutsche Sozialdemokratie, erst 1922 kam es zur Wiedervereinigung der (M)SPD mit den noch vorhandenen Resten der USPD.[2]

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der Parteispaltung besteht die Gefahr, diese nach einem zu simplen Links-Rechts-Schema erklären zu wollen. Münkler behauptet in seiner äußerst knappen Darstellung der Parteispaltung beispielsweise, dass die USPD durch die Abspaltung eines „linke[n] Parteiflügel[s]“ entstanden sei.[3] Solche Analysen[4] folgen unbeabsichtigt der Argumentation in Carl E. Schorskes Darstellung „Die große Spaltung“[5] aus dem Jahr 1955. Seiner Auffassung nach war die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den ersten Kriegskrediten am 3. bzw. 4. Au-

---

1 Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013.

2 Zur Geschichte der USPD siehe insbesondere Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main-Köln 1975; David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922, Ithaca-London 1975.

3 Siehe Münkler, Krieg, S.632.

4 Weitere Beispiele sind u. a. Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014, S.385; Oliver Janz: 14 – Der Große Krieg, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2013, S.197f.

5 Siehe Carl E. Schorske: Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905-1917, Berlin 1981 [1955].

gust 1914 nicht mehr als der Abschluss einer jahrzehntelangen Aufspaltung der SPD in eine revolutionäre und in eine reformistische Partei.[6] Zwar erfolgte die Zustimmung im Reichstag am 4. August 1914 geschlossen, doch verschleierte dieses Abstimmungsverhalten nur fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen den Abgeordneten, denn bei einer fraktionsinternen Abstimmung tags zuvor lehnten bereits 14 Mitglieder die Kredite ab.[7] Dieses von Schorske entwickelte Argumentationsmuster findet sich in jenen aktuellen Darstellungen wieder, für die die USPD vor allem eine „linke" Abspaltung von der SPD darstellt. Es erweckt allerdings den Anschein, als seien im August 1914 innerparteiliche Fronten gebildet worden, die sich im weiteren Verlauf nicht mehr ändern sollten. In dieser Lesart wird der Einfluss des Krieges und des Kriegsverlaufs auf die Entscheidung zur Nichtbewilligung weiterer Kredite weitestgehend übersehen.[8]

Die Bruchlinien in der SPD während der ersten Jahre des Ersten Weltkrieges bedürfen einer genaueren Rekonstruktion. Dabei stellen sich folgende Fragen: Wie kam es nach anfänglicher Geschlossenheit zur Spaltung? An welchen Fragen entzündeten sich die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, wenn sich der Bruch der Partei eben nicht am bekannten Links-Rechts-Schema der Vorkriegszeit orientierte?

Zu ihrer Beantwortung steht in diesem Beitrag der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann im Mittelpunkt. Er unterstützte zu Kriegsbeginn noch den Burgfrieden, um ab 1915 umso vehementer dessen Fortsetzung zu bekämpfen. Als Gründungsmitglied sowohl der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) 1916 als auch der USPD 1917 war er aktiv an der Loslösung der innerparteilichen Opposition beteiligt.[9]

---

6 Siehe ebenda, S.13f., 403.

7 Siehe Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.59f.

8 Die Wortwahl in den neuen Darstellungen ist umso überraschender, als die einschlägige Forschung Schorskes These bereits mehrfach widerlegte und auf die kriegsbedingten Ursachen der Spaltung hinwies. So z. B. Miller, Burgfrieden; Krause, USPD; Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/1915, Essen 1993.

9 Zur Person siehe Georg Kotowski: Dittmann, Wilhelm Friedrich Karl, in: Neue Deutsche Biographie. Vierter Bd.: Dittel-Falck, Berlin 1959, S.3f.; Jürgen Rojahn: Einleitung, in: Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn, Bd. 1, Frankfurt/Main-New York 1995, S.1*-286*; <https://www.dhm.de/lemo/biografie/wilhelm-dittmann> [22.05.2015]. 1874 in Eutin geboren, trat Dittmann während seiner Tischlerlehre in die SPD ein und stieg dort rasch in verschiedene Ämter in Partei und Parteipresse auf.

Wilhelm Dittmann hat im Laufe seines Lebens zahlreiche Zeugnisse hinterlassen. 1995 wurden seine Memoiren[10] veröffentlicht, mittlerweile ist auch die Auswertung seines persönlichen Nachlasses möglich. Im Zuge der russischen Archivöffnungen wurde dieser im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI) in Moskau entdeckt. Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn verfügt neben kleineren Originalbeständen auch über Verfilmungen dieser umfangreichen Moskauer Unterlagen, bestehend vor allem aus Notizen, Manuskripten, Redeentwürfen, Korrespondenzen und Dokumenten aus seiner Abgeordnetenarbeit.[11] Vom Zeitpunkt der ersten Kreditbewilligung bis zur Gründung der SAG im Frühjahr 1916 werden hier diese Materialien daraufhin untersucht, welche Ereignisse zur Eskalation der innerparteilichen Spannungen führten und welche Wendepunkte seine Abkehr von der Politik der Parteiführung hin zu offener Opposition bewirkten.

1. Vor und nach dem 4. August 1914

Mit dem Attentat auf Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 wurde die Gefahr eines europäischen Krieges akut. Dennoch zeigte sich die Spitze der SPD nur vorübergehend aufgeschreckt, der Stimmungsumschwung erfolgte erst mit der Übergabe des Ultimatums an die serbische Regierung am 23. Juli, wobei die deutsche Öffentlichkeit dies überwiegend als Reaktion auf eine Provokation Russlands auffasste.[12] Der Parteivorstand rief zwei Tage später zu Massendemonstrationen gegen einen drohenden Krieg auf, die Teilnehmerzahl schätzt Wolfgang Kruse auf 750.000 Menschen.[13]

Seit 1912 saß Dittmann für den Wahlkreis Remscheid-Lennep-Mettmann im Reichstag und war nach der Parteispaltung eines der drei USPD-Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten. Nach der Wiedervereinigung von USPD und SPD gehörte er von 1922 bis 1933 dem Vorstand der SPD an. Nach seinem Exil in der Schweiz kehrte er 1951 nach Deutschland zurück und starb 1954 in Bonn.

10 Siehe Dittmann, Erinnerungen.

11 Archiv der sozialen Demokratie Bonn (künftig: AdsD), Nachlass (NL) Wilhelm Dittmann, 1/WDAD000025, 1/WDAD000040; Fonds 215, Nr. 22, 44, 58, 61, 63, 201, AdsD, Mikrofilm (MF) Wilhelm Dittmann, Originale im Russischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Moskau.

12 Siehe Miller, Burgfrieden, S.37; Thomas Raithel: „Augusterlebnisse" 1914 in Deutschland und Frankreich, in: Nils Freytag/Dominik Petzold (Hsrg.): Das „lange" 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven, München 2007, S.245-260, hier S.248.

13 Siehe Kruse, Krieg, S.30-43. Jörn Wegner hält sogar mehr als eine Million Teilnehmer für realistisch: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Welt-

Selbst nach dem Kriegsausbruch waren die führenden Köpfe der SPD noch davon überzeugt, eine russische Aggression gegen Deutschland sei hauptverantwortlich für den Krieg gewesen.[14] Auch Dittmann hatte sich täuschen lassen und erst später erkannt, dass es die bewusste Taktik der Reichsleitung gewesen war, das zaristische Russland als Kriegsschuldigen darzustellen, sodass „der Eindruck von einem Verschulden der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges [...] nicht aufkommen [konnte]".[15] Das bedeutet allerdings nicht, dass er eine deutsche Mitschuld leugnete. Jedoch blieb er wie der überwiegende Teil seiner Partei zunächst der Ansicht, dass Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg sich für den Frieden eingesetzt habe. Eine mit „Meine Haltung bei Kriegsausbruch" betitelte, undatierte Notiz belegt, dass er dem Reichskanzler dies möglicherweise sogar noch im Rückblick zugutehielt: „Von beiden Seiten Tendenzen zum Krieg. Imperialismus hüben wie drüben! [...] Bethmann versuchte zu bremsen. Gegen seinen Willen entfesselt."[16]

Die entscheidende Voraussetzung für eine Unterstützung der deutschen Kriegsführung durch die SPD war mit der russischen Generalmobilmachung am 31. Juli gegeben. Zu Recht wurde bereits darauf hingewiesen, dass damit in der Partei ein bedeutsamer Meinungsumschwung ausgelöst wurde und die vorhandene kritische Haltung zum Zarenreich voll zum Ausdruck kam.[17] Am 3. August beschloss die Fraktion mit 78 gegen 14 Stimmen, den Kriegskrediten zuzustimmen.[18] Diese Entscheidung darf allerdings nicht als aggressiv-nationalistisch motiviert missverstanden werden. Vielmehr wurde sie zumindest seitens der späteren Opposition primär aus dem Glauben heraus gefällt, sie diene angesichts der Bedrohung durch einen angeblichen russischen Angriff der Vaterlandsverteidigung.[19]

---

krieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014/II, S.39-52, hier S.47.

14 Siehe Roger Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002, S.77.

15 Dittmann, Erinnerungen, S.239.

16 Meine Haltung bei Kriegsausbruch, o.D., AdsD, MF Dittmann, Nr. 63, Bl. 253-255, hier Bl. 253. Hervorhebung im Original.

17 Siehe u. a. Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1973, S.647.

18 Siehe Miller, Burgfrieden, S.59f.

19 Siehe Dieter K. Buse: Breaking and Remaking a Party. The Division and Militancy of German Social Democracy Reconsidered, 1914-1918, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 40 (2004) 1, S.1-21, hier S.5.

In seiner ab 1920 im Auftrag des USPD-Vorstandes verfassten Geschichte des Krieges und der Revolution äußert Dittmann die Ansicht, dass die Entscheidung vom 3./4. August für ihn nicht zwangsläufig auch einen bedingungslosen Burgfrieden konstituierte, der für die gesamte Kriegsdauer einzuhalten sei: „Die 14 Dissidenten brachten [...] der organisatorischen Einheit und Geschlossenheit der Fraktion und der Partei [...] ein großes Opfer. Dazu würden sich diese Genossen aber schmerzlich verstanden haben, wenn damals bereits die Zustimmung zu den Krediten [...] als Bekenntnis zur nationalistischen Parole aufgefaßt worden wäre. Erst später [...] kam allmählich jene Deutung der Erklärung vom 4. August auf [...]. Jetzt hieß es, die Erklärung verpflichte die Partei zum ‚Durchhalten', zum ‚Burgfrieden' und zur Bewilligung aller weiteren Kriegskredite, ganz gleich, ob der Krieg zu Eroberungszwecken fortgesetzt werde oder zur bloßen Verteidigung."[20]

Dittmann war wie auch Karl Kautsky anfangs der Auffassung, dass eine Zustimmung zur deutschen Kriegspolitik möglich sei, wenn Deutschland den Krieg sofort einstelle, sollte das Ziel der Verteidigung erreicht sein. Verbunden damit war ein ausdrücklicher Verzicht auf Annexionen. Unter diesen Bedingungen war Dittmann anfänglich zur Kreditbewilligung bereit gewesen.[21] Auf Kautskys Drängen hin wurde ein dementsprechender Satz in die Fraktionserklärung aufgenommen, die anlässlich der Kreditbewilligung im Reichstag verlesen werden sollte. Demnach werde sich die Fraktion gegen die Regierung wenden, sollte der Krieg von Deutschland zu einem Eroberungskrieg gemacht werden. Nach einer Intervention der Regierung wurde der Satz jedoch aus der Erklärung gestrichen.[22]

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase begründete vor dem Reichstag am 4. August 1914 die Zustimmung der Fraktion zu den Krediten. Er selbst hatte starke Vorbehalte, daher war er in seiner Rede deutlich darum bemüht, die Entscheidung mit der bisherigen Politik der Partei in Übereinstimmung zu bringen.[23] Er betonte zwar im Namen der Fraktion: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich", merkte aber auch an, dass sie sich dabei im

20 Einigkeit macht stark!, Januar 1920, AdsD, MF Dittmann, Nr. 61, Bl. 460-521, hier Bl. 476f.

21 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.242.

22 Siehe Friedhelm Boll: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn 1980, S.132.

23 Siehe Miller, Burgfrieden, S.63. Zu Auswahl und Haltung Haases: Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 473-475.

Einklang fühle mit dem Prinzip der Internationale, wonach jedes Volk ein Recht auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung besitze. Von Kautskys Zusatz zur Fraktionserklärung blieb lediglich die Forderung nach einem Verhandlungsfrieden übrig, falls das „Ziel der Sicherung" erreicht sei.[24]

In der Erklärung schlug sich das Bemühen, sich loyal zum Vaterland zu zeigen, ebenso stark nieder wie der Versuch, dies mit der Loyalität zu den Parteigrundsätzen zusammenzuführen. Ungewollt zog dies einen internen Streit um die Interpretation nach sich, der bereits die inhaltlichen Scheidelinien der Fraktionsspaltung 1916 andeutete. Die spätere Parteiopposition fasste die Erklärung so auf, dass sie nicht einen Verzicht *auf*, sondern die Pflicht *zur* Opposition bedeutete, sollte der Krieg zu einem Eroberungskrieg werden. Relativ bald zeigte sich jedoch, dass sie mit dieser Haltung in der Minderheit war. Dittmann schätzte rückblickend die Motive zur Zustimmung offenbar falsch ein, wenn er schrieb: „Die Grundstimmung, von der aus am 3. und 4. August Kriegskrediten [...] zugestimmt wurde, läßt sich etwa folgendermaßen formulieren: ‚[Wir befinden] uns in einer Situation der Notwehr. [...] Uns bleibt nichts übrig, als die Abwehr, um den Krieg zum Stehen zu bringen und dann auf seine schnelle Beendigung zu dringen.' Man wollte weder den Sieg der einen oder der anderen Seite, sondern wünschte, daß überhaupt keine Entscheidung durch die Waffen erfolge".[25]

Mit der Niederlage der deutschen Armeen an der Marne im September 1914 war der vom deutschen Generalstab vorgesehene rasche Sieg in weite Ferne gerückt.[26] Dennoch wurde der Krieg fortgesetzt. Als anlässlich der zweiten Kreditabstimmung Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als erster SPD-Abgeordneter die Zustimmung verweigerte und sich dabei auf Beschlüsse der Parteitage und der Internationale berief, kam es zu Uneinigkeiten in der Fraktion, ob er für diesen Disziplinbruch lediglich verurteilt oder gleich aus der Fraktion ausgeschlossen werden sollte. Die Mitglieder einigten sich schließlich auf eine Verurteilung, verbunden mit dem Beschluss, dass zukünftige Ab-

24 Siehe Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 306, 13. Legislaturperiode, 2. Session 1914/1918, S.8f.

25 Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 481f. Hervorhebung im Original.

26 Siehe Wilhelm Deist: Die Kriegführung der Mittelmächte, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, erneut aktualisierte und erweiterte Studienausgabe Paderborn 2014, S.249-271, hier S.249-251.

stimmungen im Plenum immer geschlossen zu erfolgen hätten. Wer dies nicht wollte, dem wurde aber zumindest die Möglichkeit eröffnet, der Abstimmung fernzubleiben.[27]

2. Die Kriegszieldebatte im Frühjahr 1915 und das Aufleben der innerparteilichen Opposition

Im Frühjahr 1915 gewann angesichts der verbesserten militärischen Lage die öffentliche Diskussion der Kriegsziele zunehmend an Fahrt und bestätigte viele Oppositionelle in ihrer Einschätzung, der Krieg werde mittlerweile zu Eroberungszwecken geführt.[28] Nach Dittmanns Auffassung hingegen konnte auch ein selbst verschuldeter Krieg der Verteidigung dienen, denn selbst bei einer deutschen Hauptverantwortlichkeit für den Kriegsausbruch könne nicht geleugnet werden, dass Deutschland an beiden Fronten bedroht werde.[29] Teile der Partei vertraten jedoch hinsichtlich des Kriegsziels bereits Ende 1914 sehr viel weitergehende Ansichten. So veröffentlichte Philipp Scheidemann in der von Dittmann redigierten „Bergischen Arbeiterstimme" eine Grußbotschaft zum Jahreswechsel 1914/1915 an die Soldaten im Felde, in der er an ihren „unerschütterlichen W i l l e n z u m D u r c h h a l t e n b i s z u m S i e g e !" appellierte.[30] Seine Aussagen stehen stellvertretend dafür, dass aus Sicht der Fraktionsmehrheit das Ziel der Landesverteidigung mittlerweile zwar erreicht war, sie wollte aber durch die Unterstützung eines darüber hinausgehenden militärischen Vorgehens ihre Loyalität zur kaiserlichen Kriegspolitik unter Beweis stellen. Für Dittmann war gerade das unzulässig: „Burgfrieden und Einstellung des Kampfes gegen Scharfmacher und Kriegstreiber, das war das Verhängnis! Ja, noch mehr: Presse und Führer [der Partei] wurden von Nationalismus und Chauvinismus mitgerissen, halfen Kriegsstimmung schüren. Darin, nicht in Kreditbewilligung bei Kriegsbe-

27 Siehe Rojahn, Einleitung, S.169*f.; Miller, Burgfrieden, S.97-99. Zum Fraktionsbeschluss: Notizen Wilhelm Dittmanns aus der Fraktionssitzung vom 2.2.1915 (betr. u. a. „Fall Liebknecht" und „Fall Weill", Auseinandersetzungen Hugo Haase/Max Cohen-Reuß), 2.2.1915, AdsD, NL Dittmann, 1/WDAD000040, Bl. 1-26, hier Bl. 2f. (Kopie).

28 Siehe Walter Mühlhausen: Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S.649-671, hier S.653.

29 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.247.

30 Siehe Bergische Arbeiterstimme. Organ für das arbeitende Volk des Kreises Solingen, 31.12.1914. Hervorhebungen im Original.

ginn, lag die Versündigung gegen den Geist der Resolution [vom 4. August 1914]." Weiter unterstützt werden dürfe der Krieg nur dann, wenn er lediglich der Verteidigung diene und die deutsche Regierung Eroberungspläne zurückweise.[31] Die Parteimehrheit hingegen tat sich wesentlich leichter damit, das zur Landesverteidigung vermeintlich Notwendige (unter eventuellem Einschluss eines Siegfriedens) höher zu gewichten als eine unbedingte Ablehnung annexionistischer Tendenzen.

Anlässlich der Reichstagssitzung am 20. März 1915, auf welcher den dritten Kriegskrediten zugestimmt werden sollte, verschärften sich diese Gegensätze. Die Kredittranche wurde erstmals ins Reichsbudget integriert, jedoch verbot ein Parteitagsbeschluss von 1908 der SPD-Fraktion grundsätzlich, einer gegnerischen Regierung den Haushalt zu genehmigen.[32] Die Fraktion folgte aber mehrheitlich der Argumentation Friedrich Eberts, dass eine Ablehnung des Budgets aufgrund der Kriegslage für Volk und Partei verhängnisvoll sein könnte, daher ein Ausnahmefall gegeben sei und beschloss die Annahme mit 69 gegen 30 Stimmen.[33] Dittmann lehnte wie die gesamte Minderheit Eberts Vorgehen als klaren Verstoß gegen die Prinzipien der Sozialdemokratie ab.[34] Als die Vorlage im Reichstagsplenum beschlossen wurde, stimmten lediglich erneut Liebknecht und erstmals auch Otto Rühle dagegen. Allerdings verließen bereits 30 Abgeordnete vor der Abstimmung den Saal, darunter Haase und Dittmann.[35] Letzterer begründete dies in seinen „Erinnerungen" damit, dass der Krieg damals nach seiner Überzeugung in einen deutschen Eroberungskrieg umzuschlagen begann, sodass die Bewilligung weiterer Unterstützung vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht mehr gerechtfertigt war.[36]

Betrachtet man die (Nicht-)Bewilligung des Budgets unter dem Aspekt der Parteidisziplin, so fällt auf, dass die Parteiopposition ihr eigenes Verhalten nicht als deren Bruch auffasste. Sie wollte ihre weitere Zustimmung

31 o. T. (Fragment, handschriftliche Notiz), o.D., AdsD, MF Dittmann, Nr. 58, Bl. 292-295, hier Bl. 292f. Hervorhebungen im Original.

32 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S.550.

33 Siehe Miller, Burgfrieden, S.102.

34 Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 520f.

35 Siehe Miller, Burgfrieden, S.103f. Zur Stimmenthaltung Dittmanns siehe Dittmann, Erinnerungen, S.313.

36 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.313.

zu den Krediten vom jeweiligen Einzelfall abhängig machen. Das oppositionelle Verständnis der Parteidisziplin war demnach vor allem inhaltlich begründet und schloss anders als bei der Parteimehrheit eine bedingungslose Rücksichtnahme auf die Geschlossenheit der Parteiorganisationen nicht mit ein.

Noch weiter angefacht wurde der Streit um die Haltung der SPD durch die immer deutlicher artikulierten Annexionsforderungen in der deutschen Öffentlichkeit. Im Frühjahr 1915 wurden Stimmen laut, die erhebliche Zweifel an der These vom „Verteidigungskrieg" gegen den Zarismus aufkommen ließen. Zunächst forderten am 10. März 1915 fünf große deutsche Wirtschaftsverbände in einer Petition an den Reichskanzler die faktische Angliederung Belgiens und Nordfrankreichs an das Reichsgebiet.[37] Am 15. März 1915 sprach der Präsident des Preußischen Herrenhauses, Wilhelm von Wedel-Piesdorf, über die gelungene Abwehr der Angriffe auf Deutschland. Man dürfe sich nicht mit einem Verständigungsfrieden zufriedengeben, sondern müsse sich gegen spätere Angriffe sichern.[38] Dittmann wertete diese Aussage als „offenes, unzweideutiges Pronunziamento für den Eroberungskrieg, [...] ein[en] Befehl an den Reichskanzler", und leitete daraus die Verpflichtung für die SPD ab, den Worten vom 4. August 1914 Taten folgen zu lassen und sich nun für eine Beendigung des Krieges einzusetzen. Indirekt forderte er damit auch, den Burgfrieden aufzusagen.[39] Auch in den Gremien der Partei erhob er seine Stimme gegen den Kurs der Parteiführung und warf ihr auf einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion, Parteiausschuss und Parteivorstand am 16. August 1915 vor, mit ihrer Politik für die Weiterführung eines annexionistischen Krieges mitverantwortlich zu sein: „Durch unser blindes Durchhalten in der Unterstützung des Krieges schaffen wir erst die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Annexionen. Die Annexionisten pflügen mit unserem Kalbe! Nachdem der Krieg als Eroberungskrieg fortgeführt wird, haben wir jede moralische und politische Stärkung der Kraft, mit der er geführt wird, zu verweigern! Für die parlamentarische Haltung der Fraktion folgt daraus die Pflicht, neue Kriegskredite abzulehnen."[40]

---

37 Siehe Miller, Burgfrieden, S.105; Wolfgang J. Mommsen: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890-1918, Berlin 1995, S.627.

38 Siehe Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1913 und in der Session 1914/15, Session 1914/1915, Siebzehnte Sitzung am 15. März 1915, Sp.685.

39 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.295.

40 Zit. nach: ebenda, S.352.

Flankiert wurde die Abgrenzung vom Kurs der Parteiführung im Sommer 1915 auch durch erste publizistische Maßnahmen. Die Opposition begann sich sowohl personell als auch inhaltlich aufzuspalten. Die Gruppe um Liebknecht, die ein Unterschriftenflugblatt an Partei- und Fraktionsvorstand verschickte und aus der später die Spartakusgruppe hervorgehen sollte, forderte neben einer Aufkündigung des Burgfriedens auch die Eröffnung des Klassenkampfes. Das von Haase, Kautsky und Eduard Bernstein verfasste „Gebot der Stunde" beschränkte sich hingegen auf eine pazifistische Anklage des Krieges und verzichtete auf direkte Angriffe gegen die Politik der Fraktionsmehrheit.[41] Diese Kritik an der Partei schien aber noch möglich, ohne ihr Auseinanderbrechen riskieren zu müssen. Vielmehr wollten beide Gruppen die Einheit der Partei nach außen hin bewahren, durchaus aus Furcht, eine Spaltung der Fraktion könne eine solche Spaltung der Gesamtorganisation nach sich ziehen.[42]

Für beide Oppositionsgruppen hatte das Ausscheren aus der Parteidisziplin zunächst auch keine formalen Konsequenzen, über die Parteipresse warf der Vorstand von Partei und Fraktion den Verfassern des „Gebots" dennoch vor, die Spaltung der Bewegung in Kauf zu nehmen.[43] Um ihrem übergeordneten Ziel gerecht werden zu können, die Einheit der Parteiorganisationen zu wahren, interpretierte die Parteimehrheit die sozialdemokratischen Prinzipien dahingehend, dass die Aufrechterhaltung des Burgfriedens weiterhin für die Vaterlandsverteidigung notwendig sei. Für die Opposition war dieses Argument mit Beginn der Annexionsdebatte jedoch hinfällig geworden, nach ihrer Auslegung der Parteigrundsätze hätte die Burgfriedenspolitik zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellt werden müssen.

3. Der Streit um die sozialdemokratische Friedensinterpellation und die Kreditverweigerung im Dezember 1915

Die oppositionelle Minderheit unter den Reichstagsabgeordneten ließ sich nicht daran hindern, über die Fraktion zu versuchen, die Regierung zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Gustav Hoch beantragte am 17. August 1915, die Fraktion solle in der Budgetkommission des Reichstages Bethmann Hollweg befragen, ob er willens sei, eine Erklärung zur deutschen Bereitschaft zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines

41 Siehe Miller, Burgfrieden, S.107-109.

42 Siehe Morgan, Socialist Left, S.43.

43 An die Parteipresse!, 21.6.1915, AdsD, MF Dittmann, Nr. 201, Bl. 37.

Annexionsverzichts abzugeben.[44] Die Fraktionsmehrheit arbeitete eine eigene Interpellation aus, in der lediglich die Frage gestellt wurde, unter welchen Bedingungen Bethmann Hollweg zu Friedensverhandlungen geneigt sei.[45] Letztere wurde gegen gerade einmal fünf Stimmen angenommen. Darüber hinaus setzte die Mehrheit durch, jedes selbstständige Auftreten der Minderheit im Reichstagsplenum als unzulässigen Verstoß gegen die Einheit der Partei zu behandeln. In der Fraktion ließ Ebert erkennen, was er in diesem Zusammenhang unter „Fraktionsdisziplin" verstand, nämlich volle Unterordnung unter die Ansichten der Mehrheit. Alles andere würde die Auflösung des organisatorischen Gefüges bedeuten, die von der Fraktionsopposition gewünschte Aktionsfreiheit im Plenum führe zu nichts anderem als der „Aufhebung der Fraktionsdisziplin".[46]

Die von der Fraktion angenommene Interpellation wurde am 9. Dezember 1915 im Reichstag diskutiert. Bethmann verweigerte eine konkrete Antwort, proklamierte verdeckt seine eigenen Kriegsziele und forderte Sicherungen, dass die Feinde Deutschlands „[w]eder im Osten noch im Westen [...] über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs Neue und schärfer als bisher bedrohen."[47] Aus der Sicht Dittmanns verkündete er damit Eroberungen als deutsches Kriegsziel.[48] Das alleine sollte aber noch nicht zum Eklat in der sozialdemokratischen Fraktion führen. Denn deren Redner Otto Landsberg interpretierte die Worte des Kanzlers „als Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenhaften Friedens". Außerdem schloss Landsberg mit einer Drohung an die alliierten Kriegsgegner: „[W]er das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird [...] auf das in der Verteidigung einige deutsche Volk stoßen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird."[49]

Verlauf und Folgen dieser Interpellationsdebatte provozierten endgültig die Abweisung der Kredite durch die oppositionelle Minderheit nicht nur in der Fraktion, sondern noch im selben Monat auch im Reichstag.[50] Im Vorfeld der Reichstagssitzung am 21. Dezember 1915 hatte die Fraktion erwartungsgemäß erneut abgelehnt, der Fraktionsminderheit Aktions-

44 Siehe Miller, Burgfrieden, S.119; Boll, Frieden, S.159.

45 Siehe Boll, Frieden, S.159f.; Friedensinterpellation des Fraktionsvorstandes, o.D. [30.11.1915], AdsD, MF Dittmann, Nr. 44, Bl. 71.

46 Siehe Dittmann, Erinnerungen, S.395.

47 Siehe Stenographische Berichte, Reichstag, Bd. 306, S.437.

48 o. T., o. D., AdsD, MF Dittmann, Nr. 22, Bl. 30f.

49 Siehe Stenographische Berichte, Reichstag, Bd. 306, S.444f.

50 Siehe Boll, Frieden, S.147.

freiheit im Plenum zu gewähren. Haase hatte jedoch angekündigt, dass er und weitere Abgeordnete gegen die Vorlage stimmen würden und auch beabsichtigten, dies mit einer eigenen Erklärung zu begründen. Im Plenum bezeichnete Ebert dann die angeblich gegen Deutschland gerichteten Vernichtungsabsichten als Grund für die Zustimmung der SPD-Fraktion. Friedrich Geyer verlas eine Rede im Namen von 20 Fraktionsmitgliedern, die offen gegen die Kredite stimmten. Darin forderte er die deutsche Regierung auf, Friedensverhandlungen einzuleiten, da keine Gefahr mehr für die Grenzen des Reiches bestehe.[51]

Hinter diesem Abstimmungsverhalten stand jedoch keinesfalls die Absicht, die Fraktion zu spalten. Motiviert wurde es damit, die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung im Plenum nutzen zu wollen, um damit die Politik der Regierung anklagen und den eigenen abweichenden Standpunkt kundtun zu können.[52] Bereits am Tag vor der Abstimmung im Plenum bemühte sich Dittmann, in der Fraktion diesen Standpunkt darzulegen, er kritisierte aber auch die äußert starre Auslegung der Parteidisziplin: „Es denkt niemand an eine Spaltung der Fraktion, geschweige denn in der Partei. [...] [Ich weiß aber auch], daß eine rein schematisch aufgefaßte Disziplin ihre Grenzen hat. Die Genossen im Lande fordern stürmisch, daß die Fraktion gegen neue Kredite auftritt, weil wir es jetzt mit einem Eroberungskrieg zu tun haben."[53]

Dennoch begann mit der Ablehnung der Kredite durch die Abgeordneten der SPD die organisatorische Spaltung der Fraktion, die schon drei Monate später durch die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) abgeschlossen wurde.[54] Wesentliche Voraussetzung für diesen Schritt waren die zwei sich gegenüberstehenden Interpretationen der „Parteidisziplin". Beinahe wie eine vorweggenommene Rechtfertigung der SAG-Gründung wirkte ein Artikel Dittmanns in der „Bergischen Arbeiterstimme" zu Beginn des Jahres 1916: „[D]ie Beschlüsse der Parteitage [...] beweisen, daß für die Abgeordneten keine andere Pflicht der Unterordnung, der Disziplin, besteht, wie für jeden anderen Parteigenossen: die Disziplin gegenüber den Beschlüssen der Parteiorganisation und deren höchster Vertretung, dem Parteitage. [...] Bei einem Konflikt

51 Siehe Lothar Wieland: Die Verteidigungslüge, Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Bremen 1998, S.75.

52 Siehe Boll, Frieden, S.160f.

53 Zit. nach: Erich Matthias/Eberhard Pikart (Bearb.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Zweiter Teil, Düsseldorf 1966, S.116f.

54 Siehe Krause, USPD, S.58f.

zwischen der Disziplin gegenüber Parteitagsbeschlüssen und der Disziplin gegenüber Fraktionsbeschlüssen hat der Abgeordnete die Parteidisziplin über die Fraktionsdisziplin zu stellen. [...] Die Grundlage für die Einheit und Geschlossenheit der Fraktion und ihre Beschlüsse sollen eben die Grundsätze und Richtlinien des Parteiprogramms und die Beschlüsse der Parteitage bilden."[55]

Im Jahr 1915 zeigte sich deutlich, dass die SPD im Krieg vor allem an unterschiedlichen Auslegungen der Fraktionserklärung vom 4. August 1914 zerbrach. Sie hatte keine klaren Kriterien für eine sozialdemokratische Kriegsunterstützung definiert und im Unklaren gelassen, ab wann eine solche mit den Parteigrundsätzen nicht mehr vereinbar ist. Aus Sicht der Minderheit war mit dem „Ziel der Sicherung" ein unbedingter Verzicht auf Annexionen verbunden. Die Mehrheit war bereit, das „Vaterland nicht im Stich zu lassen", solange eine Unterstützung der deutschen Kriegsführung durch den Burgfrieden noch vermeintlich nötig war. Dabei war es das oberste Anliegen der Parteispitze, ein einheitliches Auftreten der Fraktion zu erzwingen.

4. Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) im März 1916

Der endgültige Bruch der Fraktion erfolgte erst mit der Bewilligung eines Notetats am 24. März 1916, den die Minderheit der SPD-Abgeordneten erneut verweigerte. Die Fraktion beschloss in ihrer Sitzung vor dem Zusammentreten des Reichstags, auf eine Debatte zum Notetat zu verzichten. Die 20 Kreditverweigerer vom Dezember 1915 hatten sich jedoch schon am Tag davor in Abwesenheit Haases darauf verständigt, das Budget abzulehnen. Haase sollte dies in einer Rede begründen. Während er seine Erklärung im Plenum verlas, kam es zu tumultartigen Szenen, woraufhin ihm der Parlamentspräsident das Wort entzog.[56] Zur Beratung dieser Vorfälle trat die Fraktion direkt im Anschluss zusammen und ihr Vorstand schlug vor, Haase und seinen Unterstützern ihre Rechte als Fraktionsmitglieder zu entziehen. Dieser Antrag wurde mit 58 Stimmen angenommen. Die Betroffenen verließen noch am selben Tag die Fraktion und gründeten die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als ihre eigene,

55 „Parteidisziplin über Fraktionsdisziplin", gedr. Artikel in „Bergische Arbeiterstimme", 5.1.1916, AdsD, NL Dittmann, 1/WDAD000025, o. Bl.

56 Siehe Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, 8., akt. und erw. Auflage Bonn 2002, S.78; Krause, USPD, S.64; Miller, Burgfrieden, S.125.

unabhängige Vertretung im Reichstag. Haase und Georg Ledebour wurden zu Vorsitzenden, Dittmann zum Schriftführer gewählt.[57]

Nichtsdestotrotz war auch für die Mitglieder der neu entstandenen SAG die Einheit der Sozialdemokratie ein zentraler Wert. Sie sahen aus ihrem Verständnis „echter" Sozialdemokratie heraus jetzt aber keine andere Möglichkeit mehr, als auf den Burgfriedenskurs der Parteiführung mit einer Entscheidung gegen die Parteiorganisation zu reagieren. Am Anfang seines 1920 begonnenen Manuskripts zur Geschichte von Krieg und Revolution macht Dittmann die Kriegspolitik der Mehrheit verantwortlich für die Fraktions- und später auch Parteispaltung: „‚Einigkeit macht stark!' Für die Wahrheit dieses Wortes war die einige, geschlossene Organisation der deutschen Sozialdemokratie jahrzehntelang der sinnenfälligste Beweis. [...] Die Kriegspolitik der Parteimehrheit wurde zum Sprengpulver für die Partei. Zuerst sprengte sie die Geschlossenheit der Reichstagsfraktion und dann auch die der ganzen Parteiorganisation."[58]

5. Fazit

Von der Spaltung der Fraktion war es kein besonders weiter Weg mehr zur Gründung der USPD. Nachdem die oppositionellen Teile der Partei auf einer gemeinsamen Konferenz im Januar 1917 ihr weiteres Vorgehen beraten wollten, erklärte der Parteiausschuss am 18. Januar, dass sich die Parteiminderheit mit dieser Konferenz selbst von der Partei getrennt habe.[59] Auf einer zweiten Konferenz in Gotha am 6. und 7. April 1917 wurde schließlich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet, Hugo Haase und Georg Ledebour wurden zu den neuen Parteivorsitzenden, Wilhelm Dittmann und Luise Zietz zu den neuen Parteisekretären gewählt.[60]

Die beiden neu organisierten Strömungen – USPD und Spartakusgruppe – waren aus den Konstellationen der Vorkriegssozialdemokratie nicht eindeutig abzuleiten. Die innerparteiliche Opposition formierte sich aufgrund der Entscheidung der Parteimehrheit, durch den Burgfrieden die Grundsätze der internationalen Arbeiterbewegung den nationalen Interessen unterzuordnen.[61] Der inhaltliche Streitpunkt, an dem sich der Par-

57 Siehe Miller, Burgfrieden, S.126f.
58 Einigkeit, MF Dittmann, Bl. 460-462. Hervorhebungen im Original.
59 Siehe Krause, USPD, S.79f.; Miller, Burgfrieden, S.151-153.
60 Siehe Potthoff/Miller, Geschichte, S.78; Miller, Burgfrieden, S.168.
61 Siehe Krause, USPD, S.43, 53f.

teikonflikt entzündete, trat nach dem Jahreswechsel 1914/1915 immer deutlicher zu Tage und drehte sich um die Frage, ob Deutschland einen Verteidigungs- oder einen Eroberungskrieg führe. Die Parteioppositionellen verbanden – anders als der überwiegende Teil der Partei – mit der allgemein akzeptierten Pflicht zur Landesverteidigung die Schlussfolgerung, dass Deutschland den Krieg beenden müsse, sollte keine eindeutige Gefahr für seine territoriale Integrität mehr bestehen. Nachdem öffentlich immer lauter nach Annexionen gerufen wurde, war für sie der Zeitpunkt gekommen, den Burgfrieden aufkündigen zu müssen.

Unabhängig von dieser inhaltlichen Debatte besaßen Mehrheit und Opposition ein abweichendes Verständnis der „Parteidisziplin". Das führte zu innerparteilichen Loyalitätskonflikten, die von den Meinungsverschiedenheiten über die Frage „Eroberungs- oder Verteidigungskrieg?" lediglich angestoßen wurden und letztlich in der Verhärtung der Fronten resultierten. Jene Fraktionsmitglieder, die später den Weg in die USPD fanden, brachten wie Dittmann mit ihrer Kreditablehnung ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass das höchste Gut einer Partei die Loyalität zu ihren Grundsätzen ist. Parteivorstand und -mehrheit setzten dem ein Verständnis der Parteidisziplin entgegen, das sehr viel stärker vom Bestreben motiviert war, trotz schärfster inhaltlicher Kontroversen die Einheit der Parteiorganisationen aufrechtzuerhalten.

Aus einer empfundenen Pflicht zur Landesverteidigung befand sich Dittmann am 4. August 1914 unter den Unterstützern einer Kreditbewilligung. Wäre der Kriegsverlauf ein anderer gewesen und es öffentlich nicht zur Diskussion um mögliche Annexionen gekommen, wäre ein wichtiger Grund entfallen, sich später gegen die Kriegspolitik der SPD-Spitze zu wenden. Insofern konnte man am 4. August 1914 noch nicht erwarten, später aus der Fraktionsdisziplin auszuscheren. Die Tatsache, dass unter den 14 Abweichlern vom 3. August 1914 nur neun Gründungsmitglieder der SAG waren und einige dieser Abweichler mit der Spartakusgruppe sogar eine zweite oppositionelle Gruppierung bildeten, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die innerparteilichen Scheidelinien nicht identisch waren mit denen aus der Vorkriegszeit und sich diese außerdem im Laufe des Krieges weiter verschoben haben. An Dittmanns Verhalten lässt sich sehr gut ablesen, dass der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der sozialdemokratischen Opposition im Weltkrieg gerade nicht der 4. August 1914 war. Erst als es durch die verbesserte militärische Lage zur Erörterung der Annexionsfrage kam, provozierte dies einen Meinungsumschwung im Lager der Parteiminderheit.

Dieter K. Buse hat bereits darauf hingewiesen, dass die Spaltung der SPD im Krieg das Resultat zweier Prozesse war, zum einen eines parteiinternen, ausgetragen durch erbitterte Debatten um die Prinzipien der Sozialdemokratie, zum anderen bewirkt durch externe Einflüsse, also durch die Kriegssituation, die Maßnahmen der Regierung etc.[62] Diese beiden Prozesse standen jedoch nicht als gleichwertige Ursachen der Parteispaltung nebeneinander. Den letzten und damit entscheidenden Anstoß zu den verschiedenen Etappen der Spaltung gab es erst innerhalb des innerparteilichen Referenzrahmens. Es waren meist Maßnahmen der Parteimehrheit zur Aufrechterhaltung der „Parteidisziplin", die ein Hervortreten der Parteiopposition auslösten. Die Eskalation des Parteikonflikts spielte sich meist nach einem ähnlichen Muster ab: Externe Einflüsse wie ein Wandel im Kriegsverlauf oder die massive Diskussion der deutschen Kriegsziele setzten die Fraktion unter fortlaufenden Entscheidungsdruck. Die fortgesetzte Uneinigkeit über die richtige Haltung der Partei zur Möglichkeit eines raschen Verständigungsfriedens weitete sich dann Schritt für Schritt zu einem massiven Loyalitätskonflikt zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten aus. Die gegenseitigen Angriffe wurden schärfer und die Maßnahmen, mit denen man den eigenen Standpunkt verfocht, immer entschiedener. Nur so lässt sich letztlich erklären, warum die Parteimehrheit mit solcher Konsequenz die Parteidisziplin zu wahren suchte und warum sich die Opposition schließlich gezwungen sah, erst eine eigene Fraktion und dann eine eigene Partei zu gründen.

62 Siehe Buse, Breaking, S.7f.